

## Veranstaltungsbericht

### **Entspannung und Abrüstung im Kalten Krieg. Der KSZE-Prozess und seine Auswirkungen auf die innenpolitischen Situationen in Ost und West**

15. Mai 2012 | 18:00 Uhr | Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin

Zum KSZE-Prozess und seinen Auswirkungen auf die innenpolitischen Situationen in Ost und West fand am 15. Mai 2012 die dritte Veranstaltung der gemeinsam von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Deutschen Gesellschaft e. V. sowie dem Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR initiierten achteiligen Diskussionsreihe „2x Deutschland. Innerdeutsche Beziehungen 1972-1990“ statt.

Martin Gutzeit, Berliner Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, eröffnete die Veranstaltung. Er hob vor allem die innerdeutsche Dimension der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) als Wegmarke für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik sowie der DDR hervor. Besonders die Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 habe im Rahmen des komplexen und keineswegs konfliktfreien KSZE-Prozesses einen zentralen Beitrag zur Eindämmung des Ost-West-Konfliktes geleistet.

Prof. Dr. Rolf Steininger, Universität Innsbruck, gab anschließend mit seinem Vortrag einen historischen Überblick über den Ursprung und spannungsreichen Verlauf der multilateralen Konferenzdiplomatie. Erste Anregungen zu einer europäischen Sicherheitskonferenz habe es bereits in den 1950er-Jahren gegeben. Im Jahr 1967 wurde die Idee wieder aufgegriffen und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Juli 1973 eröffnet. Die Bundesrepublik und die DDR nahmen gleichberechtigt an der Konferenz teil. Nach zweijährigen Verhandlungen in Genf wurde die KSZE-Schlussakte am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnet. Während es den westeuropäischen Teilnehmerländern hierbei vor allem um vertrauensbildende Maßnahmen ging, legten die osteuropäischen Länder besonderen Wert auf den Ausbau wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Steininger wertete das Ergebnis der KSZE-Schlussakte als „Einstieg in eine neue Art von Politik“. Die Folgekonferenzen in Belgrad und Madrid seien jedoch gescheitert: „Die Plenarsitzungen gerieten zum Forum der polemischen Auseinandersetzung der Großmächte.“ Zusammenfassend würdigte Steininger den KSZE-Prozess jedoch als ein „wichtiges Instrument der Entspannungspolitik“ und einen „Katalysator für mehr Freiheit“ in Osteuropa.

Danach führte Peter Lange, Chefredakteur von Deutschlandradio Kultur, die Referenten Gerhart R. Baum, Bundesminister des Innern a. D., Gerd Poppe, DDR-Bürgerrechtler, Andrzej Szyzka, Gesandter der Botschaft der Republik Polen sowie Prof. Dr. Rolf Steininger, Universität Innsbruck, in die Podiumsdiskussion ein. Im Mittelpunkt stand die Frage nach dem internationalen Einfluss des KSZE-Prozesses auf die innerdeutschen Beziehungen – vor allem mit Blick auf die Wiedervereinigung.

Für Gerhart R. Baum stellte der KSZE-Prozess einen wichtigen Teil der Entspannungspolitik dar – dieser habe wesentlich zum Ende des Kalten Krieges beigetragen. Die KSZE-Schlussakte sei durch die Verbindung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie einer verbesserten wirtschaftlichen Zusammenarbeit „eines der wichtigsten diplomatischen Modelle, die wir haben“. Die Bundesrepublik habe versucht, die Verhandlungen zu nutzen, um eine „Entspannung von unten“ herbeizuführen.

Andrzej Szyka ging auf das Interesse Polens am KSZE-Prozess ein. Insbesondere habe der polnischen Regierung vor dem Hintergrund der Krise im Jahr 1970 an einer wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes gelegen. Die KSZE-Schlussakte habe einen entscheidenden Effekt auf die Gründung oppositioneller Gruppierungen in Polen gehabt. Von großer Tragweite war die Solidarność, die 1980 aus einer Streikbewegung heraus entstand und unter Berufung auf die KSZE-Schlussakte am politischen Umbruch 1989/90 entscheidend mitwirkte. Gerd Poppe berichtete aus der Sicht der damaligen DDR-Oppositionsbewegung, für welche die KSZE-Schlussakte zur Berufungsinstanz für Freiheits- und Menschenrechte geworden sei. Mit Blick auf die vielfach beschworenen „menschlichen Erleichterungen“ stellte er jedoch fest: „Eigentlich wollten wir keine Erleichterungen. Wir wollten Freiheit, Demokratie und den Rechtsstaat.“

Rolf Steininger warnte davor, die Wirkung des KSZE-Prozesses auf die Friedliche Revolution im Jahr 1989 zu überschätzen. Entscheidend zum Ende des Ost-West-Konfliktes hätte vielmehr die Politik Ronald Reagans und Michail Gorbatschows geführt. Zwar sei der Einfluss des KSZE-Prozesses auf die Ausreisebewegung der DDR groß gewesen, einen wesentlichen Beitrag zum Untergang des Staates habe er aber nicht geleistet. Gerhart Baum nahm einen anderen Standpunkt ein und akzentuierte, der KSZE-Prozess habe merklich zu einer Entspannung des Ost-West-Konfliktes geführt: „Er ist ein Stück Philosophie – durch Zusammenarbeit wurde dazu beigetragen, dass die Machthaber der Sowjetunion und DDR in die Defensive gedrängt und schwächer wurden.“

Nach der Podiumsdiskussion wurde dem Publikum Raum für Fragen gegeben. Die Wirkung des KSZE-Prozesses mit Blick auf die Wiedervereinigung und das Ende des Kalten Krieges wurde erneut kontrovers diskutiert. Andrzej Szyka betonte zusammenfassend: „Der Einfluss des KSZE-Prozesses auf das Ende des Kalten Krieges ist als Folge vorangegangener Verträge nicht zu über-, aber auch nicht zu unterschätzen.“

Enrico Tulus, Dr. Heike Tuchscheerer